



Illu: Agnes Andrae

Freie Radikale

2013, in einer Zeit nie gekannter politischer Dynamik, trug eine Gruppe iranischer Flüchtlinge ihr „Non-Citizens“-Konzept in die Öffentlichkeit. Vor allem nach der Umsetzung des Konzeptes bei antirassistischen Aktionen stieß es auf Kritik seitens der etablierten Flüchtlingsbewegung. Was bleibt von den Interventionen der „Non-Citizens“? Eine Positionierung von Christian Jakob

Als Kampfbegriff war er noch gut in Schuss, genau genommen sogar besser denn je: Als „Refugees“ waren sie angetreten, im Frühjahr 2012, zu Beginn des bis heute laufenden Zyklus von Flüchtlingskämpfen. Der Erfolg der sich dominoartig über ganz Deutschland ausbreitenden „Refugee Tent Action“ war enorm: Tagesschau, Twitter-Hashtag-Hitliste, Spenden in sechsstelliger Höhe, Empfang im Bundestag. Die Flüchtlinge verweigerten sich kollektiv der Disziplinierung durch den Staat. Sie entkamen dem zermürbenden, monotonen Leben im Lager, der aufgezwungenen Isolation, und „höhlten rassistische Gesetze aus“, wie sie sagten. 20 Jahre nach dem „Asylkompromiss“ und 15 Jahre nachdem sich erste Flüchtlings-Selbstorganisationen zunächst in Ostdeutschland bildeten, wurde Flüchtlingspolitik ein Mainstream-Thema. Den Protestierenden war es endlich gelungen, die Kritik an der schikanösen Asylpolitik ins Zentrum der öffentlichen Aufmerksamkeit zu tragen.

Und trotzdem: Etwas Neues sollte her. Im Februar 2013 lud der „Aktionskreis unabhängig protestierender Flüchtlinge“ zu einem Kongress nach München ein. Bei dem „Aktionskreis“ handelte es sich im Wesentlichen um eine Gruppe junger Iraner, die im Frühjahr 2012 in Franken die Protestwelle angestoßen hatten – unter anderem, indem sie mit zugenähten Mündern in einer Fußgängerzone demonstriert hatten und in einen Hungerstreik getreten waren, knapp zwei Monate nach dem Suizid des iranischen Flüchtlings Mohammad Rahsepar in der Würzburger Asylbewerberunterkunft. „Diese Ära unseres Kampfes begann mit einem kleinen Zelt in Würzburg und erwuchs zu einer großen Bewegung, die sich in ganz Europa ausbreitet“, schrieben sie. Nun sei es Zeit für „eine gemeinsame kritische Analyse“, die für die „Zukunft des Flüchtlingsprotestes unabdingbar“ sei.

Machtstrukturen klären

Die Analyse, freilich, hatten die Organisatoren schon vorab parat. In den Wochen vor dem Kongress veröffentlichten sie mehrere Stellungnahmen, in denen statt „Flüchtling“ der Begriff des „Nicht-Bürgers“ oder „Non-Citizen“ verwendet wurde. „In den elf Monaten unseres Kampfes haben wir eine Theorie entwickelt“, sagte damals Houmer Hedayatzadeh, ein Asylsuchender aus dem Iran, der von Anfang an beim Flüchtlingsstreik dabei war. Ihr Kampf sei bestimmt durch „die Art des Lebens, das wir führen müssen“. Im Gegensatz zum Bürger seien Asylsuchende und Geduldete kein Teil der Gesellschaft.

Sein Mitstreiter Ashkhan Khorasani nannte die Etablierung des Begriffs des „Nicht-Bürgers“ in einem Interview einen „ersten Schritt der Selbstermächtigung“. Mit ihm hätten die „Non-Citizens“ „ihre Verhältnisse analysiert“, der Begriff sei aus der „Praxis des Protests“ entstanden. Anders als „Refugee“ kläre er „die Machtstrukturen“, erläuterte Khorasani. Ein Refugee könne „ein Kapitalist sein, er kann Banken, die deutsche Staatsbürgerschaft besitzen, oder er kann in einem abgelegenen Flüchtlingslager sitzen“. Zentral für die Situation der „Non-Citizens“ sei in einer bürgerlichen Gesellschaft der „Ausschluss aus dem Produktions-, Verteilungs- und Reproduktionssystem – und nicht unbedingt, Opfer von Rassismus zu sein“.

Das Anliegen, den unscharfen Begriff des Flüchtlings als politisches Subjekt genauer zu fassen ist nicht neu. Und anders als etwa der von der Kritischen Weißseinsforschung favorisierte „Person of Color“ kommt „Non-Citizen“ ganz ohne identitär-essentialistischen Gehalt aus, sondern bleibt strikt politisch-ökonomisch. Ganz trennscharf ist er dennoch nicht: Denn sehr wohl gibt es Geduldete wie auch Menschen mit laufendem Asylverfahren – der Definition nach also „Non-Citizens“ – die eine Arbeitserlaubnis haben und somit durchaus an „den Kreisläufen der Produktion und Reproduktion teilhaben“.

Das war auch den Wortschöpfern klar. Der Begriff des „Nicht-Bürgers“ bot aber einen ganz anderen Vorteil: Die Chance nämlich, Machtstrukturen innerhalb der Flüchtlingsbewegung zu klären. Tatsächlich dürfte der Versuch, den zentralen Kampfbegriff der Flüchtlingsbewegung neu zu fassen auch der Versuch gewesen sein, die politische Führerschaft darin für sich zu reklamieren. Das Verhältnis zur etablierten Flüchtlingsbewegung, dem „Karawane“-Netzwerk, der aus Jena stammenden „The Voice“-Organisation und den Flüchtlingsinitiativen, war zu jener Zeit nämlich nicht das Beste.

Nach dem Protest nach Hause

Die erst vor kurzem nach Deutschland gekommenen Iraner hatten, gleichsam als freie Radikale, mit ihren offensiven Aktionen genau die Massenmobilisierung entfacht, die den existierenden Organisationen nie geglückt war. Gleichzeitig konnte die „Refugee Tent Action“ nur deshalb so schnell wachsen, weil andere vor ihnen in jahrelanger, mühseliger Basisarbeit bereits Netzwerke in den Lagern und Exilcommunities geknüpft hatten, die sich nun aktivieren ließen. Die Entscheidung für den Marsch von Würzburg nach

Berlin im September 2012 wurde auf einem Kongress in Erfurt getroffen, zu dem die „Karawane“ und „The Voice“ die iranischen Flüchtlinge um Khorasani und Hedayatzadeh eingeladen hatten, um ein gemeinsames, bundesweites Vorgehen zu vereinbaren. Doch die Differenzen wuchsen bald. Schon kurz nach der Ankunft in Berlin verließ die Gruppe um Khorasani das gemeinsame Camp auf dem besetzten Kreuzberger Oranienplatz, um allein einen Hungerstreik vor dem Brandenburger Tor zu beginnen.

Hedayatzadeh dazu später: „Natürlich machen wir einen Unterschied zwischen uns und anerkannten Asylbewerbern, auch wenn die Anerkannnten mit uns kämpfen. Die existierenden Flüchtlings-Selbstorganisationen sind teils von Leuten getragen, die mittlerweile Papiere haben. Das ist etwas grundlegend anderes als unser Kampf. Die Anerkannnten könnten nach dem Protest nach Hause gehen, wir können das nicht, denn wir haben kein Zuhause.“ Während des Streiks hatte diese Unterscheidung unter anderem zur Folge, dass anerkannte Asylsuchende bei den Protestplena teils nicht stimmberechtigt waren. An dieser Praxis wolle man aber nicht festhalten: „Das war einer der Fehler, die wir gemacht haben, aber wir haben aus diesen Fehlern gelernt“, sagt Hedayatzadeh. Dennoch war klar: Würde sich das „Non-Citizens“-Konzept etablieren, wäre ein kompletter Teil der Bewegung zu Zuschauenden degradiert – und das in einer Zeit nie gekannter politischer Dynamik.

Bedenken ignoriert

Nur wenige Wochen nach dem Abbruch des Streiks am Brandenburger Tor zogen sich die Iraner aus Berlin zurück. Sie verlegten den Schwerpunkt ihres Kampfes wieder nach Bayern, wo er ein knappes Jahr zuvor begonnen hatte. „Unser Hauptziel ist die Bildung von unabhängigen Räten von Flüchtlingen“ schrieben sie in einer Erklärung. Diese sollen „vollständig von protestierenden Flüchtlingen selbst organisiert“ sein und „an jedem geographischen Fleck als solidarisches Kollektiv gemeinsam Strategien ihres Widerstands ausarbeiten“.

Doch auf dem Kongress in München schlug der selektive Charakter des „Non-Citizen“-Konzepts voll durch. AktivistInnen der Organisation „Jugendliche ohne Grenzen“, in der sich seit rund zehn Jahren langjährig geduldete Jugendliche zusammengeschlossen haben, klagten über eine Spaltung. Es habe parallel stattfindende Plena für „Citizens“ und „Non-Citizens“ gegeben. „Einige unserer Aktivist_innen wurden aufgrund ihres mittlerweile gesicherten

Aufenthaltsstatus als ‚citizens‘ markiert und von dem Plenum der ‚non-citizens‘ ausgeschlossen. Und das, obwohl sie mehrere Jahre mit Duldung und/oder Aufenthaltsgestattung unter diskriminierenden, menschenunwürdigen Umständen leben mussten und genau wissen, was es heißt, jeden Tag von der Abschiebung bedroht zu sein. (...) Statt sich an der Planung der konkreten Aktionen beteiligen zu können, mussten sich unsere Aktivist_innen mit Theorien und Definitionen zu ‚citizens‘ und ‚non-citizens‘ befassen. Unsere Bedenken insbesondere aufgrund dieser Kategorisierung bzw. aufgrund der Trennung und Spaltung der beteiligten Aktivist_innen haben wir auch auf dem Kongress vorgetragen. Wir wurden aber ignoriert“, schrieben sie später.

Eskalation in München

In den Monaten nach dem Kongress in München mobilisierten die „Non-Citizens“ mit großem Elan in bayrischen Lagern, die Verbindung zu den gleichzeitig in vielen anderen Teilen Deutschlands erneut an Fahrt gewinnenden Kämpfen wurde jedoch schwächer. Die gegenseitige Bezugnahme, die im Vorjahr die Bewegung groß gemacht hatte, fand nicht statt.

Dafür taten die „Non-Citizens“ das, was ihnen in der Vergangenheit die größten Erfolge beschert hatte: Sie drehten an der Eskalationsschraube. Am 22. Juni errichteten etwa 80 Flüchtlinge aus nordbayrischen Lagern auf dem Rindermarkt in der Münchner Innenstadt ein Camp. Bundeskanzlerin Angela Merkel und dem Präsidenten des Bundesverfassungsgerichts, Andreas Voßkuhle, schrieben sie einen Brief und räumten „eine Frist von drei Tagen“ ein, um ihnen allen Asyl nach Artikel 16 a des Grundgesetzes zu gewähren. „Wir haben unsere Familien, unser Land verloren, und jetzt leben wir im gleichen Gefängnis wie zuvor“, sagte der streikende Äthiopier Wado Watol. Merkel und Voßkuhle ließen die Frist verstreichen, die Flüchtlinge traten in einen Durstreik, der nach kurzer Zeit zum Tod führen kann.

Nachdem sich auch am dritten Tag kein staatliches Einlenken abgezeichnet hatte, veröffentlichten die Asylsuchenden ein Kommuniqué in martialischem Duktus: „Dies ist unsere letzte Nachricht. Heute, am Freitag, den 28. Juni, verkündet die erste Gruppe der Asylsuchenden im trockenen Hungerstreik, bei vollem physischen und psychischen Bewusstsein, dass sie keinen Schritt zurückweichen wird, bis ihre Forderung erfüllt ist, und bis zu diesem Zeitpunkt weist sie jede Behandlung von Ärztinnen und Ärzten zurück!

Die deutsche Regierung muss erkennen, dass politische Spiele vorüber sind und dass es nur zwei Einbahnstraßen zu beschreiten gibt: entweder die Erfüllung der exakten Forderung der hungerstreikenden Asylsuchenden oder Bobby Sands und Holger Meins auf den Straßen Münchens!“

Wie in einem fremden Land

Das IRA-Mitglied Bobby Sands war 1981, das RAF-Mitglied Holger Meins 1974 nach wochenlangem Hungerstreik im Gefängnis gestorben. Die CSU schaltete bereitwillig in den 70er-Jahre-Modus: Die „Rädelsführer“ der Flüchtlinge hätten sich selbst auf eine Ebene mit TerroristInnen gestellt, sagte Bayerns Innenminister Joachim Herrmann. In den Tagen darauf brachen die ersten Flüchtlinge zusammen. Sie mussten abtransportiert werden, kehrten nach einer ersten Behandlung ins Camp zurück und setzten ihren Streik fort. 350 PolizistInnen rückten auf dem Rindermarkt an, räumten das Camp und verprügelten die Flüchtlinge. Streikende berichteten später, dass sie auf dem Polizeipräsidium gezwungen worden seien, sich nackt auszuziehen, und während ihres gesamten Aufenthalts im Polizeigewahrsam keinerlei medizinische Versorgung erhalten hätten.

Es war die radikalste Aktion, mit der Flüchtlinge in Deutschland bis dahin für ihre Rechte gekämpft hatten. Doch die Distanz, die die „Non-Citizens“ zur übrigen Bewegung eingenommen hatten, hatte eine merkwürdige Gleichgültigkeit zur Folge: Nur wenige nahmen wirklich Bezug auf den Münchner Durstreik; selbst die Auflösung durch die Polizei wurde nur sehr verhalten kommentiert – fast so, als habe sich das Ganze nicht in Bayern, sondern in einem fernen Land abgespielt.

Nachhaltig verändert

Sieben Wochen später marschierten die „Non-Citizens“ von Nordbayern nach München. Sie ließen sich weder von brutalen Polizeieinsätzen noch von der bayrischen Sozialministerin Christine Haderthauer stoppen, die erklärte: „Hierzulande ist Politik nicht erpressbar, wir leben in einem Rechtsstaat, wo man sich nicht durch Hungerstreiks eine Vorzugsbehandlung erzwingen kann.“ Der „Aktionskreis“, das tonangebende Gremium um Khorasani und Hedayatzadeh erklärte im September seine Auflösung – bis auf einen hatten von ihnen alle Papiere bekommen und waren keine „Non-Citizens“ mehr. Khorasani hatte dies allerdings nicht davon abgehalten, auch weiter als Sprecher der „Non-Citizens“

aufzutreten. Schließlich zogen die „Non-Citizens“ erneut nach Berlin und traten am 9. Oktober vor dem Brandenburger Tor zum dritten Mal in Hungerstreik.

Mit der gleichen Kompromisslosigkeit, mit der sie in der Würzburger Fußgängerzone angetreten waren, hatten die „Non-Citizens“, losgelöst von den übrigen Flüchtlingskämpfen, die Konfrontation mit der CSU aufgenommen. Und die lenkte schließlich ein Stück weit ein. „Ich will weg von den Essenspaketen in den Gemeinschaftsunterkünften und diese durch Geldleistungen ersetzen“, sagte im Oktober die neue bayrische Sozialministerin Emilia Müller. Die „Non-Citizens“ kommentierten ihren wohl größten Erfolg kämpferisch: „Nun wurde seitens der CSU ein Tropfen auf den heißen Stein gegeben, aber wir werden weitermachen bis wir die Anerkennung der Asylanträge erhalten.“ Nachdem das Bundesamt für Flucht und Migration nach den Rindermarkt-Protesten eine beschleunigte Prüfung ihrer Anträge angekündigt hatte, haben eine Reihe von ihnen mittlerweile Ablehnungen des Bundesamtes oder der Verwaltungsgerichte bekommen.

Ein Jahr nachdem die „Non-Citizens“ ihrem Kampf diesen Namen gegeben haben, wird der Begriff, außer von ihnen selbst, kaum benutzt. Auch der von den „Non-Citizens“ mit angedachte Marsch vor der Europawahl von Straßburg nach Brüssel firmiert – bislang wenigstens – als „Refugee-March“. Die Radikalität jedoch, mit der die „Non-Citizens“ ihren Kampf geführt haben, hat die antirassistische Bewegung nachhaltig verändert.<

Christian Jakob
ist Redakteur bei
der Tageszeitung
„taz“ und schreibt
regelmäßig für
„Jungle World“.